

# Er schon wieder

Auf Lesbos betet, fleht und klagt  
der Papst für Flüchtlinge. Das Echo ist dürftig.  
Doch Franziskus könnte noch etwas anderes tun

VON HERIBERT PRANTL 

Es hat kaum jemand reagiert. Es hat kaum jemand darüber gesprochen: Der Papst war in Griechenland, er war auf Lesbos, zum zweiten Mal. Er hat die Flüchtlingslager besucht. Er hat dort die Messe gefeiert mit Flüchtlingen. Er hat die Staaten aufgefordert, nicht Zäune und Mauern zu bauen, sondern die Menschenrechte zu wahren und die Flüchtlinge als Menschen zu behandeln. Er hat dabei nicht einzelne Staaten beim Namen genannt. Aber es weiß ja jeder, welche es sind; und es werden immer mehr. Lukaschenko nutzt aufs Schändlichste die Not der Flüchtlinge aus. Polen baut gerade hundert Kilometer Stacheldrahtverhau, zwei Meter und fünfzig hoch, an der Grenze zu Belarus. Die Europäische Union schaut wohlwollend zu.

Papst Franziskus hat auf Lesbos, kurz vorher schon auf Zypern, gebetet, gefleht, geklagt und gefordert. Er hat das getan, was er seit dem Amtsantritt tut: Er hat gegen die „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ gepredigt. Er hat die Globalisierung der Nächstenliebe, der Solidarität gefordert. Aber man mag ihn offenbar damit immer weniger hören. Europa hat andere Sorgen. Die globalisierte Gleichgültigkeit, die Franziskus beklagt, erfasst auch die päpstlichen Mahnungen: Der schon wieder ...!

Der schon wieder, immer wieder: Seine erste Reise als Papst machte Franziskus im Juli 2013 nach Lampedusa. Das ist die kleine Insel zwischen Italien und Afrika, die Ziel so vieler Flüchtlinge war und ist. In der Hand trug er ein Kreuz, aus Treibholz geschnitzt. Er fuhr mit einem Boot auf das Meer hinaus, um einen Kranz für die ertrunkenen Flüchtlinge ins Wasser zu werfen. Das war neu, das erregte Aufsehen. Jeden Tag ertrinken vier Flüchtlinge im Mittelmeer bei ihrem Versuch, eine der rettenden Inseln zu erreichen. Das ist nicht neu. Das war so und das ist so – das bleibt so?

„Niemand darf sagen, dass er sich von den Armen fernhält, weil seine Lebensentscheidungen es mit sich bringen, anderen Aufgaben mehr Achtung zu schenken.“ So hat Franziskus das im Herbst 2013 in seinem ersten Lehrschreiben formuliert – und es seitdem an noch mehr Deutlichkeit nicht fehlen lassen. Es gehe darum, so schrieb er zuletzt zum Welttag der Flüchtlinge, „einige wesentliche Dimensionen unserer Menschlichkeit wiederzugewinnen, die Gefahr laufen, in einem komfortablen Lebensstandard einzuschlafen.“ Es war diés in den Wind gesprochen.

Der Papst verdammt die Gleichgültigkeit. Diese verdammt Gleichgültigkeit ist der Versuch, die Verbindung mit dem Schicksal der Elenden zu leugnen. Gleichgültigkeit heißt, sich unverantwortlich zu fühlen für das, was ist, und für das, was geschieht. Diese Gleichgültigkeit funktioniert so: Sie registriert die Flüchtlinge nur

als Zahl; sie macht die Menschen zur Nummer, zu Wesen ohne Schicksal – weil deren Elend und deren Tod besser zu ertragen sind, wenn man sie auf diese Weise entmenschlicht. Es ist eine Entmenschlichung, das Leben der Flüchtlinge vor ihrem Elend gar nicht erst zur Kenntnis zu nehmen; sie hatten ein Leben, eine Heimat, eine Familie – aber keine Zukunft mehr, aus welchen Gründen immer. Nicht alle Flüchtlinge fliehen vor Krieg und Verfolgung; nicht wenige suchen schlicht eine bessere Zukunft für sich und vor allem für ihre Kinder. Human behandeln muss man auch die, die keinen klassischen Asylgrund haben. Humane Behandlung besteht nicht schon darin, im Flüchtlingslager auf Lesbos die Zelte durch Container

## Gleichgültigkeit heißt, sich unverantwortlich fühlen für das, was geschieht

zu ersetzen und ein paar Klohäuschen aufzustellen, die Lager aber ansonsten als Gefängnisse zu führen und Frauen, Männer und Kinder wie Sicherungsverwahrte zu behandeln. Flüchtlinge gelten als bedrohliche Masse; von „Menschenfleisch“ hat vor etlichen Jahren der damalige italienische Innenminister Salvini von der rechtsextremen Partei Lega verächtlich gesprochen.

Am Freitag war der Tag der Menschenrechte. „Unveräußerlich“ seien diese Menschenrechte, so heißt es in den feierlichen Erklärungen. Die Menschen haben aber nicht schon deshalb Menschenrechte, weil sie in diesen Erklärungen aufgeschrieben sind. Sie müssen auch durchgesetzt werden. Schon 1789, als die Menschenrechte zum ersten Mal formuliert wurden, zeigten sich die Schattenseiten solch aufgeklärter Erklärungen: Die Rechte des Menschen galten nicht für die Menschen, die man vom Menschsein ausgeschlossen hatte – um sie kolonisieren zu können. Der Kampf der Sklaven um Befreiung war ein Kampf um ihre Anerkennung als Mensch, mit dem Recht auf Leben und Freiheit und Entfaltung. Die europäische Flüchtlingspolitik darf nicht in ein sklavisches Den-

ken zurückfallen. Diese Gefahr besteht; im Grenzregime an den Außengrenzen der EU hat sie sich schon realisiert.

„Der Fortschritt unser Völker bemisst sich vor allem an der Fähigkeit, sich von den Schicksalen derer berühren und bewegen zu lassen, die an die Tür klopfen“ – sagt Papst Franziskus. Das ist ein Stichwort für die neue Regierung Scholz. Deren Regierungsprogramm heißt ja: „Mehr Fortschritt wagen“. Es ist bemerkenswert, dass sich manche Sätze in diesem Programm wie eine Antwort auf Franziskus lesen: „Die Ursachen von Flucht angehen“, heißt es da; „die Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen beenden“; „die zivile Seenotrettung darf nicht behindert werden“; „sicherstellen, dass Menschen nach der Rettung an sichere Orte gebracht werden“; „Frontex soll sich bei der Seenotrettung aktiv beteiligen“. Gewiss: solche Worte sind wohlfeil, sollten ihnen keine Taten folgen; der Weg zur Umsetzung ist weit. Aber in den Programmen der vier Regierungen Merkel hat man so etwas nicht gelesen.

Vor dreißig Jahren hat die Bundesrepublik mit dem neuen Asylrecht ein Flüchtlingsabwehrmodell geschaffen, das so dann europäisiert wurde; es ist ein System, in dem die einzelnen Staaten, Deutschland im Zentrum, sich beim Flüchtlingsschutz möglichst für unzuständig erklären. Dieses System hat Europa entsolidarisiert. Diese Entsolidarisierung schadet Europa und den Flüchtlingen. Es ist Zeit für einen neuen Geist in der Flüchtlingspolitik. Es braucht neue diplomatische Initiativen. Es braucht einen spektakulären neuen Anstoß. Predigten und Botschaften reichen nicht mehr. Papst Franziskus sollte die Staaten und die Kirchen zu einer europäischen Flüchtlingskonferenz in den Vatikan einladen.



Heribert Prantl ist  
Kolumnist und Autor der  
Süddeutschen Zeitung.